

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der E. Meck'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom) für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Nr. 109.

Neuenbürg, Dienstag den 13. Mai 1919.

77. Jahrgang.

Können wir unterschreiben?

Von Reichsminister Goethel.

Der französische Abgeordnete Renaudel hat dieser Tage seinen Landkollegen vorgeführt, daß Deutschland den ihm von den Entente-Mächten vorgelegten Frieden nicht annehmen kann, weil es außerstande sei, seine Bedingungen zu erfüllen. Das gleiche hat Conrad Haasmann im „Berliner Tageblatt“ auseinandergesetzt. Mag die Summe von 125 Milliarden Franken, die wir als „Anzahlung auf die Kriegsschadigung“ zahlen sollen, autentisch oder apokryph sein, wir sind nach dem 4 1/2-jährigen Krieg gegen fast die ganze Welt, nach über ihn noch 7 Monate hinaus erstreckten Hunger- und Rohstoffblockade, nach der Abschmürung der für unsere Wirtschaft so unentbehrlichen linksrheinischen Gebiete, nach der Vernichtung unserer Verkehrswege durch die erzwungene Ablieferung ungeheurer Mengen rollenden Materials, physisch, wirtschaftlich und finanziell so geschwächt, daß wir nicht einmal so, wie wir die Lebensmittelfuhrungen finanzieren sollen, die wir vor dem Verhungern schützen. Wir haben uns im Verlauf während des Krieges eine Schuldenlast von 185 Milliarden Mark, darunter 65 Milliarden Mark schwebende Schulden, aufgelastet. Dazu treten weitere ungezählte Milliarden, die wir dem neutralen Ausland schulden. Auf den Kopf der Bevölkerung kommen weit über 2000 Mark Reichsschulden. Dazu tritt noch eine jährliche Rentenverpflichtung von 4 1/2 Milliarden Mark an Kriegsschadigte und Hinterbliebene Gefallener. Auf den Kopf der Bevölkerung — Einnahme und Ausgabe gerechnet — machen allein Kriegsschuldenzinsen und Renten über 200 Mark, auf die fünfköpfige Familie weit über 1000 Mark! Wie sollen wir das noch ungeheure Summen an das Ausland abliefern, ganz besonders, nachdem unser Außenhandel vernichtet worden ist!

Sind wir also solche — übrigens nach den Wilsonschen Punkten völlig ungerichtete — Forderungen zu erfüllen außerstande, so gilt dies erst recht von denen, die auf eine Vertreibung Deutschlands hinausgehen. Keine Regierung, keine Nationalversammlung kann der Abtretung Danzigs und den polnischen Korridor durch Westpreußen nach der Ostsee zustimmen. Kämen sie es, so würde im selben Augenblick die ganze Bevölkerung Posen, West- und Ostpreußens und Ostpreußens zu den Waffen greifen, würde sich in den Ostmarken ein Krieg abspielen, gegen den der in München im Kinderpiel sein würde. Nach den unerhörten vortragenden Proklamationen des Generals Haller sind dort die Kanonen bis zur Siebtheit erregt. Nur durch die bestimmte Erklärung, keinesfalls in eine Abtretung Danzigs, Westpreußens oder der nicht unbestritten polnischen Teil Posen zu willigen, ist es möglich gewesen, die deutsche Bevölkerung in Ostmarken zurückzuhalten.

Wie bezüglich dieser Gebiete steht es mit Oberschlesien. Der auch einer Abtretung des Saarreviers, geschweige der Polz, ja auch nur einer jahrelangen Besetzung linksrheinischer Gebiete kann keine Regierung zustimmen. Deutschland bricht zusammen, wenn die unerhörte wirtschaftliche Abschmürung der linksrheinischen Gebiete jahrelang fort dauert. Aber auch die dortige Bevölkerung kann seelisch einen Zustand nicht ertragen, der sie vom anderen deutschen Volke trennt. Sie würde sich verraten und verkauft fühlen. Keine Regierung würde hart genug sein, das zu tragen.

Mit dem blutigen Kampf im Osten, den eine in diesem Fall berechnete und unaufhaltsame nationalistische Welle ausbreiten würde, mit der Empörung der weitesten Teile des deutschen Volkes über einen schimpflichen, im Widerspruch mit den Wilsonschen Punkten stehenden Frieden würde die Stellung der Regierung unhaltbar werden. Eine anders zusammengesetzte ist aber bei dem Kräfteverhältnis der Parteien in der Nationalversammlung wie im Volke nicht möglich. Wollte man jetzt gegen die Sozialdemokraten regieren, so würde daraus der mühsam gebändigte Bolschewismus solche Kraft faugen, daß er siegreich würde. Das ist keine Drohung an die Entente, das ist nächste Erwägung!

Über einen Frieden, der dem deutschen Volke Unmögliches zumutet, kann weder seine Regierung, noch die von ihm erwählte Nationalversammlung, sondern muß letzten Endes das deutsche Volk selber die Entscheidung fällen. Es wird sich dabei sehr ernst überlegen müssen, ob die Folgen der Ablehnung eines unerträglichen Friedens schlimmer sind, als die seiner Annahme. Weiß es doch, daß auch unsere Gegner den baldigen Frieden bitter nötig haben.

Deutschland.

Stuttgart, 12. Mai. Eine Gesetzesvorlage, die die notwendigen Folgerungen aus der Verfassungsurkunde für das Volksschulwesen zieht, ist im Kultusministerium ausgearbeitet worden und wird in Kürze der Nationalversammlung vorgelegt werden.

lung vorgelegt werden. Sie enthält Bestimmungen 1. über die Befreiung der Schüler vom Besuch des Religionsunterrichts und die Befreiung der Lehrer von der Erteilung des Religionsunterrichts; 2. Bestimmungen über die Abschaffung des Schulpatronats; 3. Bestimmungen über die Aufhebung des Zwanges der Lehrer zum Organistendienst. Am 26. und 27. Mai d. J. veranstaltet das Kultusministerium im Oberen Museum eine Landeskonferenz zur Aussprache über die wichtigsten Schulfragen unter Heranziehung von Abgeordneten, der Lehrervereine und Männern und Frauen aller Stände, von denen ein Interesse für Schulfragen zu erwarten ist.

Karlsruhe, 11. Mai. Das „Heidelberger Tagblatt“ berichtet, daß ihm Kultusminister Hummel folgende Drahtung zugeandt habe: „Die Bedingungen über Elsaß-Lothringen, Saargebiet, Schleswig und Danzig sind unannehmbar. Für Elsaß-Lothringen und den dänischen Teil von Schleswig ist unbedingt Volksabstimmung zu verlangen. Für eine Loslösung des Saargebietes und Danzigs ist kein Schein von Berechtigung vorhanden. Der Verzicht auf die Kolonien darf nicht ausgesprochen werden.“

München, 10. Mai. Das bayerische Ministerium des Innern hat im Hinblick auf die Friedensbedingungen für die Zeit vom 13. bis 20. Mai eine Landbestrauer angeordnet. Leipzig, 12. Mai. Die Unternehmung gegen Leipzig, deren Vorbereitung vollständig geheim gehalten werden konnte, hängt mit den unaufhörlichen Streikdrohungen der Leipziger Arbeiterschaft zusammen. Der Arbeiterrat wurde aufgelöst.

Berlin, 11. Mai. Die Alliierten teilen, wie die deutsche Waffenstillstandskommission meldet, in einer Note vom 9. Mai mit, daß der Heimtransport der von Nikolajew nach Saloniki gebrachten deutschen Truppen und der noch in Konstantinopel befindlichen deutschen Truppen im Gange sei. Nach längerem vergeblichen Bitten und wiederholten Vorschlägen haben die Alliierten nunmehr am 9. Mai die Entsendung des deutschen Dampfers „Oise“ nach Riga genehmigt, der die dort in verzweifelter Lage befindlichen Deutschen zurückzuführen soll. Ferner haben die Verbündeten dem deutschen Ersuchen, den Dampfer „Hannover“ nach Reval und Libau schicken zu dürfen, um die dort zurückgebliebenen deutschen Staatsangehörigen und die Deutsch-Balten abzuholen, entsprochen.

Berlin, 12. Mai. Der französisch-englische Urtext des Friedensentwurfs befindet sich zur Zeit bei der Reichsdruckerei in Deud. Er wird voraussichtlich am Dienstag veröffentlicht werden, ebenso die authentische Uebersetzung, die in der Friedensstelle des Auswärtigen Amtes hergestellt wird.

Berlin, 12. Mai. In Berlin scheinen sich alle anderen Parteien in der Stellung zu den Forderungen der Entente nunmehr auf derselben Linie zusammengefunden zu haben, nur die Unabhängigen halten es für geboten, auch diesmal aus der Reihe zu fallen. Gestern Abend haben ihre Parteileitung und die Parteifunktionäre eine Besprechung abgehalten, deren Niederschlag ein Aufruf, den das Zentralkomitee der U. S. P. D. heute in der Freiheit veröffentlicht. In diesem Aufruf wird nach Hinweisen auf die frühere und jetzige Regierung erklärt, es bleibe nichts anderes übrig, als dem Zwang sich zu fügen und den Vertrag zu unterzeichnen. Ferner hat Professor Ballo, der sich früher von Gustav Schmoller und in der preussischen Staatsregierung begonnen ließ und jetzt zum nationalistischen Sachverständigen der Unabhängigen ausgerückt ist, den Aufruf nachgesprochen, daß dieser unerträgliche Friede die Voraussetzung sei für die Lebensmöglichkeit wie für den Aufbau unseres Gesellschafts- und Wirtschaftslebens im Geiste des revolutionären Proletariats. Der Aufruf schließt mit einer Aufforderung an die Arbeiter aller Länder, sich gegen das internationale Kapital für Frieden und Sozialismus und für die deutsche Revolution zusammenzuschließen.

Berlin, 12. Mai. Aus dem Saargebiet liegen Nachrichten vor, wonach die französischen Behörden jugendliche Arbeiter im Alter von 14—18 Jahren nach Belgien zur Zwangsarbeit deportieren. — Die feindlichen Friedensbedingungen enthalten auch die Bestimmung, daß die tschechoslowakische Republik in den Häfen von Stettin und Hamburg eine gewisse Bodenfläche auf 99 Jahre zur Pacht erhält. — Der sozialdemokratische Parteitag, auf dem Scheidemann über die Aufgaben der Partei in der Republik berichtet wird, soll am Dienstag, den 10. Juni, nachmittags 4 Uhr, in Weimar beginnen. — In Voralberg fand gestern eine Volksabstimmung über die Anschlussfrage statt. 81 Prozent der Bewohner entschieden sich für die Schweiz.

Kiel, 12. Mai. Die in Spanien interniert gewesenen Offiziere, Dekoffiziere und Mannschaften der U-Boote 39, 56, 74 und 23 sind am Sonntag nachmittags zusammen

7 Offiziere, 7 Dekoffiziere und 96 Mannschaften hier eingetroffen und feierlich empfangen worden.

Der deutsche Friedensvorschlag

vom Jahre 1916 wird jetzt zum Vergleich mit dem Gewaltfrieden, der Deutschland aufgenötigt werden soll, von der „D. Allg. Ztg.“ veröffentlicht. Die Hauptbestimmungen sind:

Zurückstufung des von Frankreich besetzten Teiles vom Oberelsaß, Gewinnung einer Deutschland und Polen gegen Rußland strategisch und wirtschaftlich sichernden Grenze, Kolonialrestitution in Form einer Verständigung, die Deutschland einen seiner Bevölkerungszahl und der Bedeutung seiner wirtschaftlichen Interessen entsprechenden Kolonialbesitz sichert, Rückgabe der von Deutschland besetzten französischen Gebiete unter Vorbehalt strategischer und wirtschaftlicher Gebietsberechtigungen sowie finanzieller Kompensation. Wiederherstellung Belgiens unter bestimmten Garantien für die Sicherheit Deutschlands, die durch Verhandlungen mit der belgischen Regierung festzustellen wären, wirtschaftlicher und finanzieller Ausgleich auf der Grundlage des Austausch der beiderseits eroberten und im Friedensschluß zu restituierenden Gebiete, Schadloshaltung der durch den Krieg geschädigten deutschen Unternehmungen und Privatpersonen, Verzicht auf alle wirtschaftlichen Abmachungen und Maßnahmen, die ein Hindernis für den normalen Handel und Verkehr nach Friedensschluß bilden würden unter Abschluß entsprechender Handelsverträge, Sicherstellung der Freiheit der Meere.

Die Friedensbedingungen unserer Verbündeten bewegten sich in Uebereinstimmung mit den Anschauungen der deutschen Regierung in gleichmäßigen Grenzen. Die deutsche Regierung erklärte sich ferner bereit, auf der Basis der Senatsbeschlüsse des Präsidenten Wilson in die von ihm nach Beendigung des Krieges angestrebte internationale Konferenz einzutreten. Nun möge das deutsche Volk, möge die ganze Welt ermessen, auf welcher Seite Billigkeit und Recht, auf welcher Unrecht und Schuld zu suchen sind.

Schwere Ausschreitungen in Eisenach.

Eisenach, 10. Mai. Nach einer großen Demonstration am gestrigen Vormittag auf dem Marktplatz, die sich gegen die Lebensmittelnot richtete, holte man den Oberbürgermeister Schmeider, der eine beruhigende Rede hielt, aus dem Schloß heraus, mißhandelte ihn und zwang ihn mit einer roten Fahne in der Hand dem Demonstrationszug zum Lutherdenkmal voranzugehen. Dasselbe Schicksal hatte der Bezirksdirektor Dr. Hausmann, der ebenfalls mißhandelt wurde. Der Bierhändler Siebert richtete die Menge so zu, daß er schwer verletzt zusammenbrach. Die Demonstranten verlangten die Abdankung des Oberbürgermeisters und des Bezirksdirektors. Bei einem Sturm auf das Landgerichtsgebäude wurden von den jugendlichen Aufzählern eine Menge wichtiger Strafprozekten durch Feuer vernichtet. 14 Gefangene, darunter einige Verbrecher, befreit und die Dienstzimmer verwüstet. Vorhandene Gelder und Kleidungsstücke wurden gestohlen. Heute durchziehen kommunistische Truppen die Gassen und Fremdenpensionen der Stadt und beschlagnahmen auf eigene Faust Lebensmittel.

Erregte Stimmung in Danzig.

Danzig, 12. Mai. Große Erregung herrschte gestern in Danzig, verursacht durch zwei Maueranschläge. In dem einen forderte der Oberpräsident der Provinz Westpreußen, und der kommandierende General des 17. Armeekorps die waffenfähigen Männer Westpreußens auf, sich sofort freiwillig zu melden, um sich den Grenzschutzverbänden und den Grenzschutzreserven zur Verfügung zu stellen, da die Polen, im Falle, daß der Frieden nicht zustande kommt, Westpreußen angreifen und besetzen werden. In dem zweiten Maueranschlag gibt der Provinzialausschuß der Bevölkerung Westpreußens im Gegenteil zu dem anderen Anschlag seinen Standpunkt bekannt, daß der Aufruf zum bewaffneten Widerstand in der heutigen Stunde für uns ein heller Wahnsinn wäre. Die unabhängigen Sozialdemokraten protestierten in einer selbständigen Kundgebung in zwei Versammlungen im Gewerkschaftshaus gegen den drohenden Gewaltfrieden, gleichzeitig aber auch gegen die dem deutschen Volke drohende Gewaltpolitik unserer Regierung. Die Erregung in der Stadt ist politisch aufs Höchste gestiegen. Man fordert die Bewaffnung Westpreußens.

Ausland.

Genf, 12. Mai. Die gestern in Paris und im Seine-departement einberufenen Versammlungen gegen einen Gewaltfrieden wurden durch Verfügung des Militärgouverneurs von Paris verboten. Die sozialistischen Landesverbände

Anzeigenpreis:

die einpolige Petizions- oder deren Raum 20 g, außerhalb des Bezirkes 25 g, bei Auskunftsverteilung durch die Geschäftsstelle 30 g extra. Reklame-Zettel 50 g. Bei größeren Aufträgen entsprech. Rabatt, der in Falle des Mahnerfahrens hinfällig wird.

Schluß der Anzeigenannahme 4 Uhr vorm. Fernsprecher Nr. 4. Für telef. Aufträge wird keinerlei Gewähr übernommen.



haben bereits am Samstag ihre Beteiligung an den Kundgebungen verweigert.

Genf, 12. Mai. Aus der Umgebung Wilsons wird bekannt, daß drei amerikanische Divisionen marschbereit am Rheine stehen für den Fall, daß die Friedensverhandlungen scheitern sollten.

Genf, 12. Mai. Nach einer Meldung aus Paris hat das Kriegsdepartement der Vereinigten Staaten mitgeteilt, daß ein Kontingent von 8000 Mann amerikanischer Truppen zusammengestellt und sofort nach Russland entsandt werde. Dieser Beschluß Wilsons soll die Folge eines Uebereinkommens zwischen den Entente-Staaten und Amerika sein, nach dem man beschloß, an den militärischen Operationen in Russland teilzunehmen.

Paris, 10. Mai. Wie die „Chicago Tribune“ meldet, sollen die deutschen Friedensdelegierten beschloßen haben, am Samstag nachmittags nach Berlin und Weimar abzureisen. Graf Brockdorff-Rantzau habe alle Delegierten angewiesen, ihr Gepäck bereit zu halten, um innerhalb 24 Stunden abzureisen zu können. Graf Brockdorff-Rantzau wird, wie die Blätter wissen wollen, den Alliierten mitteilen, daß alle weiteren Erörterungen in Zukunft von Berlin oder Weimar aus stattfinden werden.

Paris, 12. Mai. Die „Daily News“ meldet: Die Aufnahme von Besprechungen mit den Deutschen ist wahrscheinlich. Ob die Besprechungen aber das Schicksal Deutschlands wenden können, hängt allein von Amerikas Stellung ab. Versailles, 12. Mai. Der „Temps“ glaubt zu wissen, daß die Antwort Clemenceaus auf die beiden Noten unter der verständlichen und aktiven Mitarbeit des Präsidenten Wilson abgefaßt worden seien. Er meint auch in einem Artikel über den Notenwechsel, man dürfe jetzt den Frieden des Rechts nicht länger hinausschieben, man müsse Deutschland erlauben, alle einzelnen Punkte zu erörtern.

Verfaillies, 12. Mai. Die Antwort Clemenceaus ist ein Bekenntnis der Schwäche der verbündeten Regierungen und die Ablehnung jeder Diskussion über den Nachweis des Rechtsbruchs hat ihren Grund darin, daß diese Diskussion mit einer vernichtenden Niederlage unserer Feinde enden müsse. Die Zurückweisung der Diskussion wird aber nicht verhindern, daß die ganze Welt, der dieser Rechtsbruch aus jedem Artikel des Friedensvertrages entgegensteht, die Unhaltbarkeit der rechtlichen Position der Verbündeten erkennt.

Verfaillies, 12. Mai. Man wird sich nicht wundern dürfen, wenn die Antwort Clemenceaus nicht gerade in freundlichem Tone gehalten ist. Daß die Entente auf das deutsche Völkerverbundprogramm näher eingehen wird, erscheint wenig wahrscheinlich. Gewiß sind Gegenvorschläge der einzige Ausweg. Doch wird sich auch hierbei mögliche Kürze empfehlen, da lange sich hinziehende schriftliche Auseinandersetzungen nicht nach dem Willen des Verbandes sind. Dieser Standpunkt kommt in der Pariser öffentlichen Meinung täglich zum Ausdruck.

Stockholm, 10. Mai. Laut „Svenska Dagbladet“ kamen gestern die ersten deutschen Kinder, zum Teil aus Wien, zum Teil aus Berlin, im ganzen 494 in Schweden an. Sie wurden in Malmö von einer tausendköpfigen Menschenmenge empfangen und von dort aus auf verschiedene Landgüter verteilt.

Athen, 12. Mai. Man meldet den Zeitungen, daß der frühere Großvezier Talaat Pascha in Konstantinopel verhaftet wurde.

Internationalisierung der deutschen Ströme.

Verfaillies, 10. Mai. Internationalisiert wird die Elbe von der Moldaunmündung ab und die Moldau von Prag und die Oder von der Oppamündung an, der Njemen von der Grodnomündung und die Donau von Ulm an. An diesen Schiffahrtswegen sind die Alliierten völlig gleichberechtigt untereinander und genießen Meistbegünstigungsbehandlung. Deutschland schiedt den Alliierten einen Teil seiner Schlepper und Schiffe, sowie das notwendige Material zur Benutzung des Schiffahrtsweges. Die Zahl der zu jeder

den Schiffe wird von Schiedsrichtern festgesetzt, die die Vereinigten Staaten bezeichnen. Die Entschädigungen, die für die Zedierungen statzufinden haben, werden von den Schiedsrichtern festgesetzt und von den Beträgen in Abzug gebracht, die Deutschland schuldet, so daß Deutschland die Eigentümer entschädigen muß.

Falls von den alliierten Mächten der Bau des Rhein-Donau-Kanals binnen 25 Jahren beschloßen wird, muß Deutschland gemäß den vorgelegten Plänen bauen. Der Kanal wird demselben Verwaltungsregime unterstellt, wie der Rhein selbst.

Die Umwerbung Deutsch-Oesterreichs durch die Entente.

Wien, 11. Mai. Der Wiener „Mitte“ bringt die Meldung der südlawischen Korrespondenz aus Bern, daß das direkte Anschlußverbot, welches Clemenceau ursprünglich befristete, nicht ausgesprochen werden soll. — Wie das „Neue Wiener Journal“ von sehr seriöser Seite erfahren haben will, soll die Entente bereit sein, Deutsch-Oesterreich die Frankennahrung vorzuschlagen, falls sich die Regierung zum Aufgeben des Anschlußgedankens entschließe.

Paris, 12. Mai. Die Havas-Agentur meldet aus Wien, daß die Frage der Vereinigung mit Deutschland nun endgültig erledigt sei. Es sei dem französischen Vertreter Aligery gelungen, die Abgeordneten der Nationalversammlung in Wien dazu zu bringen, daß es notwendig sei, von dem Plane der Vereinigung abzulassen. (?)

Die Schritte der Internationale.

Verfaillies, 12. Mai. „Populaire“ meldet: Der von der internationalen Sozialistenkonferenz ernannte Exekutiv-Friedensauschuß wurde von Veanting und Dunsman dringend nach Paris berufen, um eine Aktion zu prüfen, die der Internationale angesichts des absehbaren Friedensvertrages, der einen neuen Krieg zur Folge haben werde, obliegt. Der Auschuß gedenkt bis zur Unterzeichnung des Friedens permanent zu tagen.

Der internationale sozialistische Auschuß prüfte die Vertragsbestimmungen eingehend und erörterte die Ausarbeitung einer Kundgebung, deren Abfassung einem Unter-auschuß übertragen wurde. Es wurde beschloßen, eine möglichst baldige Unterredung mit dem Verrerrat zu fordern. Der Auschuß erörterte ferner die Entsendung einer Abordnung nach Deutschland, Italien und die Schweiz.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Neuenbürg, 12. Mai. (Eingefandt.) Sitzung des Bezirks-Arbeiter- und Bauernrats. Sonntag, den 11. Mai fanden sich die Mitglieder des B.-A. und B.-R. hier im Gasthaus „Ochsen“ zusammen. Die Tagesordnung zeitigte ein reichhaltiges Feld von Arbeit, das nach durch Anträge von den Anwesenden weiter ergänzt wurde. Bei Bekanntgabe des Protokolls der letzten Sitzung, zu dessen einzelnen Punkten der Vorsitzende über Erledigung usw. eingehende Erläuterungen gab, entspann sich eine rege Aussprache. Betr. der Schmeblangelegenheit von der Rotenbach usw. zeigten sich die Anwesenden nicht voll befriedigt und wick energischeres Vorgehen vom Vorsitzenden gefordert. Betr. Steuererschöpfung wird weiteres dem Vorsitzenden übertragen. Bei Erledigung des Kassenberichtes und Abrechnung, die gutgeheißen werden, wird der Wunsch vorgebracht, die Tag-gelder und Spesen einheitlich für die sämtlichen örtlichen A. und B.-Räte des Bezirks zu regeln und wird dementsprechend beschloßen: Taggeld Mindestsatz 12 Mk., ist jedoch der entgangene Arbeitsverdienst höher, so soll derselbe voll vergütet werden. Spesen wurden pro Tag mit 10 Mk. festgesetzt für Tätigkeit außerhalb des Wohnortes jedoch innerhalb des Bezirks. In außerordentlichen Fällen entscheidet der jeweilig im Monat einzuberufende Auschuß. Betr. der Reserve-Sicherheits-Kompagnie entspann sich eine lebhaft Diskussion, nachdem Herr Fr. Heingelmann mehrere Erklärungen über das Wesen der für hiesigen Bezirk

aufzustellenden R.-S.-R. gegeben hatte. Es wurde daraufhin dem Vorsitzenden der Auftrag erteilt, dementsprechend einen Aufruf im Amtsblatt zu erlassen und mit den verschiedenen Organisationen in Verbindung zu treten. Bei Brennholzverwertung wurde festgesetzt, daß bei Verfrachten die Betreffenden sich selbst ihre Brennmaterialien verteuern, speziell bei Schlagraum, wo einzelne Schläge bis auf 920 Mk. (?) getrieben wurden. Es kann daher nur die Zwangsbewirtschaftung und Verteilung Einheitspreisen und so geregelte Zustände und Preise herbeiführen. Wegen den noch vielfach auftretenden Unstimmigkeiten der örtlichen A.-R. mit den Schultheißen und Gemeinderäten wird der Antrag angenommen, die Satzungen und Erklärungen über Rechte und Pflichten der Arbeiter- und Bauernräte, die von der Regierung und vom Landesausschuß des A. und B.-R. im Staatsanzeiger veröffentlicht wurden, im hiesigen Amtsblatt zu veröffentlichen, um den Gemeindeführern sowie den verschiedenen Gemeinderäten usw., was die Revolution noch schwer im Magen liegt und die sich nicht an eine Kontrolle durch die A. und B.-Räte wöhnen können, bei der Einwohnerchaft des Bezirks noch verschiedentlich Unklarheit herrscht, die nötige Aufklärung öffentlich zu bringen. In dieser Angelegenheit wurde ein Auschuß gewählt. Betr. der Streitigkeiten des Bauernachher A.-R. mit dem dortigen Schultheißen erstattet der Vorsitzende Bericht. Es wurde vom Oberamt verfügt, daß dort sofort eine Lebensmittelkommission zu bilden ist, die jeweils die Lebensmittelverteilung usw. vorzunehmen hat. Vom Vertreter des A.-R. Grundbach gingen wie oben beschwerden ein und wurde weiteres zur sofortigen Durchführung und Regelung dem Vorsitzenden übertragen. Bei Lebensmittelverförmung, speziell mit Kartoffeln, wurden die berechtigten Klagen vorgebracht, ebenso wegen Feuer- und Holtermittelbezug, der im Herbst verschiedentlich vom Bauernverband unterbunden wurde, anstatt den Bauern selbst zur Hand zu gehen. Salmbach führte Beschwerde über die Kleiderabgabestelle, Neuenbürg über unberechtigte Abgabe und Bezug von Kleidungsstücken. Die in heutiger Zeit noch verschiedene Schultheißen über die Verfügungen der Regierung und ihr unterstellten Behörden, Oberämter usw. handeln, soll der eine Fall beweisen, wo Schultheiß Schabale, Notensol, zu einem dortigen Bürger äußerte: „Was wir beschließen, das gilt, da hat uns der Oberamtmann ja nichts dreinzuschwätzen!“ Verschiedene Anträge mußten in nächster Sitzung zurückgestellt werden. Schluß der Sitzung und gut verlaufenen Sitzung mittags 1 Uhr.

Feldrennach, 11. Mai. (Eingefandt.) Bei der heutigen Gemeinderatswahl haben von 648 Wahlberechtigten abgestimmt 506, gleich rund 80 Prozent. Das Ergebnis war für:
Feldrennach I. Wahlvorschlag der freien Wähler 4 Sitze, Pfinzweiler I. 2 „ „ „ 2 „ „ „ 6 Sitze.
Feldrennach II. Wahlvorschlag der Sozialdemokratie 4 Sitze, Pfinzweiler II. 2 „ „ „ 2 „ „ „ 6 Sitze.
Zusammen 12 Sitze.

Von 9 aufgestellten Herren des alten bürgerlichen Kollegiums wurden 5 wiedergewählt. Die Bürgerlichkeit hat gesprochen und nun hat der neue Gemeinderat das Wort. Was schließlich den Wahlaufruf des sozialdemokratischen Wahlkomitees im gestrigen „Anzeiger“ betrifft, so mag auf dieses nur erwidert sein, daß die dem Vorschlag der freien Wähler von hier und Pfinzweiler gestandenen Kandidaten lauter fleißige, also arbeitende Männer sind und vom Steuerzahlen so wenig verschont bleiben wie andere Arbeiter, daß auf dem Rathaus hier immer ein frischer Wind geweht hat, daß es sogar im alten Kollegium öfter stürmisch hergegangen ist und die Gemeinderatswahl nichts zu vertuschen und nichts zu scheuen hat. Möge

Der Tag der Abrechnung.

Roman von A. v. Trystedt.

(Nachdruck verboten.)

„Die Arbeit, welche ich zum Preisbewerb eingefandt habe, ist gut.“

„Nun, dann warte doch in Ruhe die Entscheidung ab, jede Stunde kann dir den gewünschten Erfolg bringen! Du bist uns doch nicht unnötigerweise mit deinen Zweifeln, deinen unerträglichen Stimmungslagen!“

„Es wird aber keine befreiende Nachricht kommen.“ beharrte Wellnig bitter, „ich hab's im Gefühl, daß meine Arbeit zurückgewiesen wird.“

Das Körbchen mit den duftigen, lockenden Erdbeeren stand unberührt. Edith mochte sie nicht mehr essen.

Hilfflos schaute sie aus ihren großen lieben Kinderaugen zu ihrem Verlobten auf, dem sie ihr ganzes, fröhliches Sein fürs Leben anvertrauen wollte.

Zur selben Zeit fragte Baronin Hortense Hochfeld nach ihrer Tochter.

„Ich habe Ihnen bereits mehrmals angedeutet, meine beste Lona,“ sagte sie zu ihrer Gesellschafterin, „daß es Ihre Pflicht ist, ein Alleinsein des Brautpaares nach Möglichkeit zu verhindern. Edith ist schon vor einer Stunde in den Park gelaufen, und es ist nicht ausgeschlossen, daß sie dort während der langen Zeit mit ihrem Verlobten schäkelt. Das darf nicht wieder vorkommen!“

„Seht wohl, Frau Baronin.“

Das Fräulein erhob sich gehorsam, packte jedoch mit einiger Umsichtlichkeit ihre Handarbeit zusammen.

Die Baronin legte das Buch, in welchem sie gelesen — es war ein französischer Roman —, aus der Hand und sah ihrer Gesellschafterin lächelnd zu.

„Ich weiß genau was Sie jetzt denken, Lona: Warum gönnt man dem Brautpaare nicht eine Stunde ungeführten Alleinseins; warum erlaubt man ihnen nicht, nach Herzenslust zu tänzeln und zu kosen, wo der Bräutigam sich so überaus selten eine Erholungsstunde gönnt?“

Das Fräulein zögerte nur eine Sekunde. „Genau das waren meine Gedanken, Frau Baronin“, gestand sie dann freimütig und doch verstohlen in den Zügen ihrer Herrin forschend, wie weit sie wohl gehen dürfe in ihrer Offenheit. Bei allem Wohlwollen konnte die Baronin durch einen einzigen Blick ihrer klaren, grauen Augen eine Schwärze zwischen sich und ihrer Umgebung ziehen, die jeder bedingungslos respektierte.

Dona erpächte einen weichen Schimmer in den meist kühl, fast strenge blickenden Augen und fuhr darum beherzt fort:

„Wenn es nicht Herr von Wellnig wäre, könnte ich die Besorgnis der gnädigen Frau wohl begreifen; bei einem so feinsinnigen und vornehm denkenden Manne aber ist jede Gefahr für Edith ausgeschlossen. Er mag sie laum zu küssen, sie ist seine Heilige.“

„Ich möchte mich über dieses Thema nicht weiter auslassen, Lona, da Sie selbst ein junges Mädchen und gleichfalls Braut sind. Ich sage nur dies: Sitten und Gebräuche müssen besonders uns Frauen heilig sein, und die Sitte verlangt, daß eine Braut nach Möglichkeit jedes Alleinsein mit ihrem Verlobten vermeidet, oder wenn sie zu harmlos, ihre Beschützer dafür sorgen, daß die Nähe eines Dritten vom Brautpaar empfunden wird.“

Lona errödete. „Sollten Ihre Worte eine Zurechtweisung für mich sein, Frau Baronin?“

„Nein, Kind, dazu stehen Sie uns zu nahe, und soweit sollten Sie mich doch kennen.“

„Vergehung, Frau Baronin.“ Lona beugte sich über die feine, brillantengeschmückte Hand und berührte sie respektvoll mit den Lippen. „Ich bin Ihnen ja so im tiefsten Herzen dankbar, die Jahre, die ich hier im Schlosse bin, sind die schönsten meines Lebens.“

Die Dame nickte. „Sehen Sie sich zu mir, Lona, es kommt nun auf eine Viertelstunde nicht an. . . . Ja wirklich, wir freuen uns mit an Ihrem Glück. Gebugt und hummerbeladen kamen Sie zu uns, als glückliche Braut verlassen Sie unser Haus, um die Gattin eines hochgeschätzten Mannes zu werden, den Sie lieben.“

Lonas dunkle Augen strahlten. „Und wie ich ihn

liebe! Mein Glück ist so groß, daß ich zuweilen den Ruh der Götter fürchte!“

„Nun sehen Sie, in derselben Weise forge auch ich. Und nur aus diesem Grunde möchte ich Sie bitten, die Zusammenkünfte zu vorgerückter Abendstunde mit Ihrem Verlobten zu meiden. Erstens der Dienstoffener wegen, dann aber auch um Ihrer selbst willen — wie bald ist ein Glück unwiederbringlich dahin.“

„Frau Baronin“, entgegnete Lona, „es ist gut, daß es zu einer solchen Aussprache zwischen uns kommt; ich habe wiederholt Ihre bestemmten Blicke bemerkt, wenn ich von dem kurzen Zusammensein mit meinem Verlobten heimkam. Erlauben Sie mir, in dieser einzigen Stunde alle gesellschaftlichen Rang- und Altersunterschiede zwischen uns außer acht zu lassen. Offen und rücksichtslos möchte ich zu Ihnen sprechen, nur als Mensch zum Menschen, darf ich?“

„Selbstverständlich, Lona. Denken Sie, ich sei Ihr Mutter, der Sie Ihr Herz öffnen.“

Ein warmer Blick aus den schönen, tiefbraunen Augen, die so viel tiefer und ernster als Ediths Braunaugen waren, dankte der gültigen Frau.

„Ich bin volle acht Jahre älter als unsere liebe Baronesse,“ sagte sie nachdenklich, „das ist im Leben eines jungen Mädchens eine ungeheure Spanne Zeit, und eine hochbedeutungsvolle obendrein, denn das Mädchen reißt darin zum Weibe heran. Alles, was uns mit achtzig Jahren noch rüffelvoll erscheint, wird, sobald wir die Mitte der Zwanzig erreicht haben, klar erkannt; es denen aber, welche, wie ich, frühzeitig das Elternhaus verlassen müssen, verlangt man, daß sie sich nicht jähren. Ich hatte das bald begriffen, lernte schnell aus offenen Augen um mich schauen, Gefahren, auf die man mich aufmerksam gemacht, begreifen. Aber, gnädigste Frau, nun kommt das, worauf ich bis zu meinem letzten Atemzuge schwören werde: Die Gefahren, welche mir von wohlmeinenden älteren Freundinnen angedeutet wurden, erfüllten in Wirklichkeit für ein wohlhergekommenes weibliches Wesen gar nicht.“

(Fortsetzung folgt.)



dem neuen Kollegium gegönnt sein, das Gemeindefischlein über die bevorstehende sehr schwere Zeit glücklich zu lavieren zum Wohl der ganzen Gemeinde.

Württemberg.

Reihingen a. E., 12. Mai. Krankenkassenverwalter Widmann ist infolge verschiedener Vorkommnisse in der Verwaltung und Rassenführung seines Amtes enthoben worden. Zum stellv. Verwalter wurde der bisherige erste Rassenbeamte Stefan bestimmt.

Stuttgart, 12. Mai. Gestern haben im Lande drei Stadtschultheißenwahlen stattgefunden. In Leonberg wurde Schultheiß Hund-Kohrader mit 762 von 1372 abgegebenen Stimmen gewählt; Revisor Winkler-Stuttgart erhielt 605 Stimmen; Wahlberechtigte waren 1660. — In Geislingen a. St. haben von 7568 Wahlberechtigten 4507 = 59 Prozent abgestimmt. Amtmann Mailänder-Stuttgart erhielt 1354, Amtmann Harter aus Stuttgart 2739 Stimmen; Regierungsbaumeister Deinz-Stuttgart 319 Stimmen; Dr. Effig-Stuttgart 78 und Rechtsanwalt Fischer von Geislingen 4 Stimmen. Die beiden letzteren haben ihre Bewerbung zurückgezogen. Amtmann Harter ist somit gewählt. — In Oehringen wurde Stadtschultheiß Berner mit 1118 Stimmen gewählt; Revisor Jenisch-Stuttgart erhielt 825 Stimmen. Von 2325 Wahlberechtigten haben 1947 abgestimmt. Der Wahlkampf war äußerst lebhaft. Berner hat durch die Unterstützung der Sozialdemokratie, die die Parole ausgegeben hatte, für ihn einzutreten, gesiegt.

Harthausen, O.A. Stuttgart, 12. Mai. Ein Stuttgarter Automobil wurde heute früh mit etwa 7 Zentnern Schwarzschlachtem Fleisch von Mitgliedern des Arbeitervereins beschlagnahmt und die Begleiter des Autos einstweilen festgehalten.

Reihingen, 12. Mai. Kürzlich wurden im Gasthaus zum Salon hier ca. 4000 Mk. entwendet. In einem anonymen Brief behauptet der Einbrecher, es seien ihm nur 1900 Mark in die Hände gefallen, Bargeb, zwei Urkunden der Gutshaben des Bestohlenen habe er verbrannt.

Omünd, 12. Mai. Von der hiesigen Polizei wurde der bisherige Jagarett-Inspektor J., der am Reservelazarett in Stadtpark angesetzt war, wegen Diebstahls und Untreue festgenommen. Er hat zahlreiche Bekleidungsstücke unrechtmäßigweise den Beständen der Lazarettverwaltung entnommen und bei verschiedenen hiesigen Personen abgesetzt, die der Hehlerei sich schuldig gemacht haben.

Gaildorf, 12. Mai. In Sulzbach a. N. ist der in letzter Zeit da und dort schon befürchtete Fall eingetreten, daß gegen den Willen der Mehrzahl der Bürgerchaft, die eine Wahl nach dem alten Verfahren herbeiführen wollte, doch noch in letzter Stunde ein Wahlvorschlag eingereicht wurde. Ein Gegenvorschlag war nicht mehr möglich, und so sind die Vorgesetzten bereits als gewählt zu betrachten. Am 12. Mai. Die örtliche Gemeindevorwahl brachte von 2461 Stimmberechtigten nur 14841 oder 50 % an die Wahlurne. Es erhielten: Die Deutsche demokratische Partei 19, die Sozialdemokratie 10, das Zentrum 9, die Bürgerpartei 4, die Unabhängigen 1 und die Vereinigung aller Unteroffiziere 1 Stimmen.

Dietenheim, 12. Mai. Ein raffinierter Pferdedieb, der im Oberland in letzter Zeit mehrere wertvolle Gänse an sich gebracht und verkauft hat, wurde im Illergebiet verfolgt. Die Jagd gestaltete sich ziemlich schwierig, da der Spitzhube sich bei der Frucht eines Fahrtrades bediente. In Wellenberg konnte er schließlich dingfest gemacht werden.

Weingarten, 12. Mai. Letzten Samstag wurde beim Revolververzeihen der Unteroffizier Abele von der Sicherheitskompanie von einem Sergeanten derselben Kompanie aus Unvorsichtigkeit erschossen. Der Revolver des Sergeanten war noch nicht entladen. Der Schuß ging los und traf Abele direkt ins Herz, sodaß er tot zusammenbrach.

Neueste Nachrichten.

Stuttgart, 12. Mai. Staatspräsident Bloß erhielt von der bayerischen Regierung folgendes Telegramm: „Für die hervorragende Teilnahme der württembergischen Truppen an der Niederwerfung der bolschewistischen Gewalt Herrschaft in Südbayern und München spreche ich Ihnen im Namen des Gesamtministeriums den besten Dank aus. Ministerpräsident Hoffmann.“

Stuttgart, 12. Mai. Die Württembergische Staatsregierung legt in einem Aufruf an das Volk gegen die drohende Vergewaltigung durch den Friedensvertrag Protest ein.

Stuttgart, 12. Mai. Die Vereinigung gegen die Posttrennung unseres Saargebietes und der Rheinpfalz hat an den Reichspräsidenten Ebert in Berlin folgendes Telegramm gerichtet: Die Vereinigung gegen die Posttrennung unseres Saargebietes und der Rheinpfalz protestiert gegen einen Gewaltfrieden, der die urdeutsche Bevölkerung des Saargebietes verweltchen und versklaven wird. Keine deutsche Regierung darf ein solches aller Menschlichkeit spottendes schmachvolles Dokument unterzeichnen.

Berlin, 12. Mai. Nach einer Nachricht der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ berichtete der Vertreter der „Neuen Freien Presse“ in Versailles, daß in Versailles verlautet, daß Graf Brockdorff versuche, den Anschluß Deutsch-Oesterreichs an Deutschland bei den Verhandlungen mit der Entente als Austauschobjekt zu verwenden. Er biete den Verzicht auf den Anschluß an, wenn Deutschland dieselben günstigen wirtschaftlichen Bedingungen erhalten werde, die Deutsch-Oesterreich zugesagt wären, und er habe auch Italien das Angebot gemacht, daß Deutsch-Oesterreich gegen entsprechende Gegenleistungen sein Interesse an dem Schicksal Deutsch-Südtirols aufgeben wolle. Graf von Brockdorff erklärte zu dieser Nachricht dem Korrespondenten der „Neuen Freien Presse“ gegenüber: „Alles das ist erstunken und erlogen! Ich weise die Behauptung, daß ich mit den Interessen Deutsch-Oesterreichs Ruhhandel treiben könnte, mit Entrüstung zurück. Weber die Quellen, aus der solche Nachrichten stammen, ist mir alles vollkommen klar. Man beschuldigt niemand eines solchen Ruhhandels, wenn man nicht selbst dazu fähig ist. Der Anschluß Deutsch-Oesterreichs bleibt nach wie vor eines der Ziele meiner Politik, und ich werde alle meine Kräfte daran setzen, dieses Ziel zu erreichen.“

Berlin, 12. Mai. Die deutsche Waffenstillstandskommission überreichte dem Vorsitzenden der belgischen Waffenstillstandskommission eine Note, worin um Aufklärung über folgenden Vorfall gebeten wurde: Mitte Januar sei in der Saarbrücker Zeitung eine amtliche Bekanntmachung des französischen Stadtkommandanten erschienen, daß alle jugendlichen Arbeiter zwischen 14 und 18 Jahren zur Zwangsarbeit in Belgien verurteilt werden sollen. Es seien dann auch jugendliche Arbeiter aufgefordert worden, sich bis zu einer bestimmten Zeit bei der Kommandantur zu melden. Es sollen dann jugendliche Arbeiter der Graube Lufenthal nach Belgien zu Zwangsarbeiten abtransportiert worden sein. — Sollten in der Tat Zwangsmassnahmen der angebotenen Art vorgenommen worden sein, so wird von deutscher Seite nachdrücklich dagegen Verwahrung eingelegt.

Berlin, 12. April. In der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ wird mitgeteilt, daß der Teil der deutschen Delegationen, der am Montag von Versailles abfuhr, Mittwochsfrüh in Berlin eintreffen werde. Zweck der Reise sei, dem Kabinett eine unmittelbare Darstellung der Verhältnisse in Versailles zu geben und die letzte Redigierung der deutschen Gegenwortschläge vorzunehmen. Davon, daß die Delegationen nicht zurückkehren würden, sei an hiesigen zuständigen Stellen nichts bekannt. Laut „Vossischer Zeitung“ wird der deutsche Gegenwortschlag über die Gebietsfragen noch heute vollendet und in Versailles überreicht werden.

Berlin, 13. Mai. In Oberschlesien herrscht nach den Morgenblättern vollkommene Einigkeit. Selbst polnische Arbeiter, die früher für den Anschluß an Polen agitierten, seien durch die vollendeten Tatsachen der vorliegenden Friedensbedingungen in gedrückter Stimmung. In den Grenzorten, die als besonders polnisch bekannt waren, wendet man sich in entschiedenen Protesten gegen die Loslösung vom Deutschen Reich.

Berlin, 13. Mai. Wie verschiedene Morgenblätter unter Vorbehalt aus der polnischen Presse mitteilen, sind die Transporte der hallerischen Truppen durch Deutschland aus unbekanntem Gründen eingestellt worden. Eine Pariser Meldung aus Warschau besage, die hallerische Armee werde mit größter Beschleunigung auf dem Seewege befördert. Die Landungsstelle werde geheim gehalten. Man vermute Riga oder Libau.

Berlin 12. Mai. Heute mittag entgleiste der Frühzug der Kleinbahn von Soltau nach Lüneburg in der Nähe von Melbek, 10 Kilometer von Lüneburg. Der Zug sauste den Bahndamm hinunter. Aus dem zum größten Teil völlig zerstückelten Wagen wurden 9 Tote und 11 Schwerverletzte geborgen. Das Unglück wird auf eine Verbiegung der Schienen unter dem Einfluß der plötzlichen Hitze zurückgeführt.

Berlin, 12. Mai. Vormittagsziehung der Preussisch-Süddeutschen Klassenlotterie: Der Hauptgewinn von Mark 500 000 fiel auf die Nummer 156 270 (hundertsechshundertsechszigtausendzweihundertundsiebenzig). (Ohne Gewähr.)

Apennin, 12. Mai. 10 000 schleswig-holsteinische Männer und Frauen traten gestern auf dem Knicksberg zu einer gewaltigen Kundgebung zusammen und nahmen eine Entschliebung an, in der sie gelobten, an dem Erbe der Väter festzuhalten und die maßgebenden Stellen aufzufordern, einen schmachvollen Frieden abzulehnen. Auch an die dänische Regierung wurde eine Entschliebung gerichtet, in der der Wille, am Erbe der Väter festzuhalten und die Ueberzeugung, daß ein Gewaltfrieden der Nordmark niemals Frieden und Ruhe geben werde, ausgesprochen wird.

Haag, 12. Mai. Die Meldung, daß Holland der Auslieferung des früheren deutschen Kaisers zugestimmt habe, trifft nicht zu. Die Alliierten sind überhaupt nicht mit einem derartigen Ersuchen an die holländische Regierung herangetreten.

Versailles, 12. Mai. „Humanite“ berichtet von einem starken Besuch der gestrigen Versammlung der sozialistischen Verbände des Seinedepartements in Paris. Das Proletariat habe durch stürmischen Beifall für die Redner gezeigt, daß es von einem Gewaltfrieden nichts wissen wolle. Der Versailer Frieden, tief Verfeuert, nachdem er der sozialistischen Partei ihre Haltung im Kriege vorgeworfen, ist ein Clemenceaufzieher, und man wird ihn nicht unterzeichnen. Nur die Revolution kann die wirtschaftlichen Fragen lösen und die augenblicklich in ganz Europa bedrohten Revolutionen retten.

Die Nationalversammlung gegen den Gewaltfrieden.

Berlin, 12. Mai. Die Nationalversammlung hat sich in einmütiger Kundgebung gegen die Gewaltforderungen der Entente erklärt.

In einer längeren Rede erklärte Ministerpräsident Scheidemann, daß das Buch des Friedensvertrags, welches die schwersten Bedingungen uns auferlege, nicht zum Gesetz werden dürfe. Es würde sechzig Millionen hinter Stachelndraht und Reckergitter und zu Zwangsarbeit verurteilen. Die Rede des Ministerpräsidenten war von Anfang bis zu Ende von Ausrufen lebhafter Zustimmung begleitet und vielfach durch stürmischen Beifall unterbrochen. Auch die Tribünen nahmen an diesen Kundgebungen laut und lebhaften Anteil.

Fr. Ministerpräsident Dirsch: Im Auftrage der Regierung sämtlicher deutscher Freistaaten habe ich folgende Erklärung abzugeben:

Heute ist es klar, was die Feinde mit uns vorhaben. Sie wollen uns für alle Zeiten aus der Reihe der Kulturstaaten der Welt streichen und uns wieder, wie einst, zu völliger Ohnmacht verdammen. Sie wollen das arbeitsfreundliche deutsche Volk zu einem Knechtvolk machen. Dem-

gegenüber erklären wir, die Vertreter aller deutschen Freistaaten, vor aller Welt, lieber tot als Sklaven! Dieser Friedensvorschlag ist unannehmbar! (Lebh. Beifall.) Wir sind in diesem Urteil einig mit der Reichsregierung und stehen einig und geschlossen hinter ihr. (Beifall.) Ich spreche ihr in dieser Stunde unser volles Vertrauen aus. Unsere Feinde mögen sich hüten auf irgend eine Uneinigkeit der deutschen Stämme zu rechnen. In der bittersten und furchtbarsten Not, die unser Volk jezt heimgesucht hat, stehen wir alle in unerschütterlicher Treue zum großen deutschen Vaterlande.

An der Besprechung nahmen weibliche und männliche Abgeordnete aller Parteien teil. Mit Ausnahme der Unabhängigen, die besondere Wege gingen, klang der feste, unerschütterliche Wille aus den Ausrufen, daß dieser Gewaltfrieden für uns unannehmbar und abzulehnen sei.

Präsident Fehrenbach: Das war eine machtvolle, geschlossene Kundgebung der ganzen deutschen Volksvertretung gegen den Gewaltfrieden, den man uns diktiert will. Von dem heutigen Tage an muß aus diesem Saale eine Welle in das Volk getragen werden, die auch dem Ausland klar macht, daß man das deutsche Volk nicht so behandeln darf. In dieser schweren Stunde gedenken wir all des Schönen, des Großen, des Guten und Idealen, das unsere Großeltern und Eltern uns überlassen haben und wir bitten unsere Kinder und Enkel, es uns nicht anzurechnen, daß wir sie der Not und dem Elend überliefern müssen. Wir wissen, daß auch wir in der Zeit unseres Glücks angefaßt waren. Die Schuld für die Ursachen des Krieges lastet auf den Schultern unserer Feinde. Wir hatten auf das Völkerbündnis gehofft. Dieser Vertrag ist keine Einleitung dazu; er ist die Verewigung des Krieges. Und jetzt wende ich mich an unsere Feinde und sage: Auch in Zukunft werden deutsche Frauen Kinder gebären und diese Kinder werden die Sklavenketten zerbrechen und die Schwach abwaschen, die unserem deutschen Anstich zugesagt werden soll. Für uns gilt wie in glücklichen Tagen, so auch heute das Wort, daß niemals der Ausbruch selbstthätiger Ueberhebung, sondern immer nur die tiefe Liebe zu unserem Volk uns leitet: Deutschland, Deutschland über alles, über alles in der Welt. (Beifall und Händeklatschen. — Zischen bei den Unabhängigen.)

Präsident Fehrenbach erhält die Ermächtigung, Tag und Tagesordnung der nächsten Sitzung selbständig festzusetzen.

Presse-Stimmen zu den Kundgebungen in der Nationalversammlung.

Berlin, 13. Mai. Zu der einmütigen Kundgebung der Nationalversammlung gegen den Gewaltfrieden sagt die „Vossische Zeitung“: Wer Gelegenheit hatte, die Stimmung nicht nur im Saal, sondern in den Wandelgängen kennen zu lernen, bekam den bestimmten Eindruck, daß alle Erwägungen, die zur Zurückhaltung mahnen, überhört werden durch den geradezu leidenschaftlichen Ingrimm über den Rechtsbruch, der durch die Verleugnung der Grundlagen des Waffenstillstands begangen wurde, und durch das Gefühl der Verantwortung gegenüber den Idealen einer neuen Zeit, die für immer zu versinken droht, wenn dieser furchtbarste Krieg durch den furchtbarsten Frieden abgeschlossen wird. Die Reden, die gehalten wurden, werden draußen im Lande weiter wirken und dem deutschen Volke die ganze Größe der Gefahr zeigen, die nicht nur ihm selbst, sondern ganz Europa für unabsehbare Zeit droht durch diesen Frieden, der nicht verbindet, sondern zerreißt und fesselt.

Im „Berliner Lokalanzeiger“ heißt es: Daß Ministerpräsident Scheidemann zu dem Satz kommen würde, daß der Friedensvertrag nach Auffassung der Reichsregierung unannehmbar sei, wagte man im voraus. Als er aber gesprochen war, koste ein Beifall sondergleichen los. Es war ein erschütternder Moment, in dem sich das Geschlecht von heute nicht zu schämen hatte, daß von der Wand zu seinen Häupten die Gestalt Johann Gottlieb Fichtes mahnt, beschwörend zu ihm herübergrüßte.

Die „Kreuzzeitung“ spricht von einem Ausruf des deutschen Volkes und sagt, Deutschland sei einig. Dieser Frieden werde nicht unterzeichnet.

Die „Post“ überschreibt ihre Betrachtung „Im Geiste Fichtes“.

Die „Deutsche Tageszeitung“ sagt: „Weg mit diesem Nordplan“.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ äußert: Schon der Wilsonfrieden, dem wir uns unterworfen hatten, hätte Deutschland unendliche Lasten auferlegt. Aber er hätte, ehrlich ausgelegt und gerecht durchgeführt, die Möglichkeit des Aufstieges gelassen. Der Diktatfrieden, dessen Unterzeichnung die Entente von uns verlangt, ist das Grab des deutschen Reiches. Darum ist dieser Frieden unerträglich, unerfüllbar und unannehmbar.

Das „Berliner Tageblatt“ schreibt: Die Abgeordneten werden zum Teil schon heute Berlin verlassen und sich in ihre Wahlkreise begeben, um dort in öffentlichen Versammlungen Fühlung mit ihren Wählern zu nehmen und sie über die Tragweite der feindlichen Friedensbedingungen aufzuklären.

Deutsch-Oesterreichische Kundgebungen für den Anschluß an Deutschland.

Wien, 12. Mai. Hier kam es gestern zu gewaltigen Kundgebungen für den Anschluß Deutsch-Oesterreichs an Deutschland. Schon in den ersten Morgenstunden zogen riesige Arbeitermassen aus den älteren Bezirken nach dem Rathaus. Dort hielt Friedrich Adler eine Ansprache, die den unverbrüchlichen Willen Deutsch-Oesterreichs, sich an Deutschland anzuschließen, bekräftigte. Gleichfalls fanden große Demonstrationen der Deutsch-Nationalen und der National-Demokraten für den Anschluß statt. In Innsbruck und im übrigen Tirol wurden gestern in 48 Versammlungen der Deutsch-Nationalen Partei und der Sozialdemokraten für den Anschluß an Deutschland abgehalten.



Oberamt Neuenbürg.
Gemeindewahlen.

1. Die Gemeindebehörden werden darauf hingewiesen, daß für die Gemeindewahlen das Ergebnis der Volkszählung 1910 und 1905, Art. 7 Abs. 2 b. G.O., maßgebend ist, vergl. § 10 der Bundesratsverordnung vom 5. 12. 17 (Reichs-Ges. Bl. S. 906). Das endgültige Ergebnis dieser Volkszählung ist im Staatshandbuch 1912 ff. (nicht 1911) aufgeführt.

2. Zur Vermeidung von Mißverständnissen wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Vorschriften über den Ausschluß von Verwandten von dem Eintritt in den Gemeinderat, Gemeindeordnung Art. 26, eine Ausdeutung nicht erlauben. Danach sind von dem Eintritt in den Gemeinderat diejenigen ausgeschlossen, die mit dem Ortsvorsteher oder einem anderen Mitglied des Gemeinderats in gerader Linie oder bis zum 2. Grade einschließlich in der Seitenlinie verwandt oder verschwägert sind. Werden Personen, welche in dieser Weise miteinander verwandt oder verschwägert sind, gleichzeitig gewählt, so ist nur einer von ihnen zum Eintritt berechtigt und zwar derjenige, welcher die meisten Stimmen auf sich vereinigt hat; bei Stimmengleichheit entscheidet das Los. Eine Befreiung (Dispensation) von den Ausschließungsbestimmungen kann auf Antrag der Gemeindeglieder vom Bezirksrat erteilt werden, wenn der Gewählte mehr als die Hälfte aller abgegebenen Stimmen auf sich vereinigt hat. Die Einreichung von Wahlvorschlüssen verwandter Kandidaten begegnet hienach keinem Anstand.

Neuenbürg, 12. Mai 1919. Dullinger.

Amtsgericht Neuenbürg.

Durch Beschluß vom heutigen Tage ist die Entmündigung des Tagelöhners **Wilhelm Münch** von Wildbad aufgehoben worden.

Den 10. Mai 1919. Landgerichtsrat Scholl.

Reudach, den 12. Mai 1919.

Danklagung.

Für die uns so reichlich erwiesene Liebe und Teilnahme bei dem schweren Verluste meiner lieben Frau, unserer guten Mutter, Schwieger- und Großmutter

Sophie Mayer,

für den schönen Gesang der Schüler der hiesigen Gemeinde und für die zahlreiche Begleitung zu ihrer letzten Ruhestätte sagt herzlichsten Dank

im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Wilhelm Mayer, Glasermeister.

Schönbürg, den 11. Mai 1919.

Danklagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme an dem Hinscheiden meines lieben Mannes, unseres guten Vaters

Friedrich Pfommer,
Fabelarbeiter,

insbesondere für die Kranzspenden und die zahlreiche Leichenbegleitung von nah und fern, für die liebevolle Pflege, die er auf der Charlottenhöhe erfahren durfte, dem Personal der Fabrik Gauthier in Calmbach, dem Turnverein, sowie seinen Schulkameraden spreche ich meinen herzlichsten Dank aus.

In tiefem Schmerz:

Die Gattin: **Marie Pfommer.**

Die Eltern: **Joh. Georg Pfommer.**

Seiden-Stoffe

für

**Kleider, Kostüme, Mäntel,
Blusen, Röcke**

in weiß, schwarz und bunt,

**schwarze Wolldraps und Mohair,
Schleierstoffe.**

Phil. Bosch, Wildbad.

Am Sonntag, den 18. Mai 1919, abends 7 Uhr,
im Gasthof zum „Vären“ in Neuenbürg

**2. Musikalische Aufführung
zu Gunsten des „Kriegerdanks“**

veranstaltet von **Frl. Julie Huber** mit ihren Schülern und Schülerinnen unter gültiger Mitwirkung von **Frl. Helene Droemer** (Sopran), **Kotenbach**, **Hans Bronold** (Violine), **Wildbad** und des **Viederkranzes Neuenbürg.**

Eintrittspreis 1 Mk.

Schleifer

oder Hilfsarbeiter zum Einlernen sucht
Friedr. Waldbauer, Neuenbürg.

Kunstofferei, chem. Waschanstalt

Karl Timeus,

Pforzheim, Deimlingstr. 10.

Ladelose Arbeit. — Mäßige Preise.

Hohes, sicheres Einkommen

kann sich Kaufmann, Mechaniker oder Schlosser, der über 12—15000 Mark verfügt und mit der Landwirtschaft umzugehen versteht, durch Uebernahme der Vertretung von erstklassigen landwirtschaftlichen Maschinen, die im Bezirk bereits gut eingeführt und bekannt sind, sichern.

Angebote erbeten unter S. 3 7080 an **Rudolf Woffe, Stuttgart.**

*Was ist für Frau erlaubt
wenn sie liest?*

Ein gutes Buch von **Räthe Stumpf**, gleich nützlich zu lesen für Jungfrau und Jungling, Weib oder Mann. Preis 40000 Bücher verkauft. Preis M. 2,70 portofrei gegen Barzahlung oder unter Nachn. durch **Kodomo-Verlag, Feuerbach 43 (Württ.)**

Im Vertrauen

auf die **„Frederick“** erprobte Wirkung, selbst wenn schon viele andere ohne Erfolg angewandt, nehmen Frauen bei Monatsbeschwerden die vielbewährten edlen **„Frederick“** drüsen „Frederick“ destill. ex Cinnamom. Alcoh. Caryphyll. Fol. mellis, a. Bialoe Ml. 5.—. Qualität extrahiert Ml. 7,50, bei sehr heftigen Beschwerden Doppelrezept, Ml. 12,50. Bedeutend erhöhte Wirkung wird erzielt durch gleichzeitigen Gebrauch von **„Frederick-Tea“**. Galen Ml. 2,50. Warnung vor Nachahmungen. Versand nach auswärts gegen Nachnahme oder vorherige Einzahlung des Betrages.

Medizinisches Versandhaus, Bremen 338, Postfach 225.

Wenn

man etwas verkauft,
vermietet oder verpachtet oder etwas sucht, so bringt man eine Anzeige im
„**Engtäter**“

Bei Anträgen um Auskunft von der Geschäftsstelle ds. Blattes ist stets das Porto für Rückantwort oder für Weiterbeförderung der Angebote usw. beizufügen.



Millionen Stiefel

werden täglich mit

Nigrin

geputzt.

Oberamtsstadt Neuenbürg.

Sitzung d. Gemeinderats
am **Mittwoch, 14. Mai 1919,**
abends 6 Uhr.

Beratungsgegenstände:

- 1) Armensachen,
 - 2) Erwerbung einiger Parzellen (Wegabschließung) von der Gemeinde Gräfenhausen,
 - 3) Angelegenheiten der laufenden Verwaltung.
- Den 10. Mai 1919.
Stadtschultheiß **Knobel.**

Oberamtsstadt Neuenbürg.

Diejenigen Haushaltungen, welche für den Kopf der seit Herbst anwesenden Familienangehörigen ihre 3/4 Zentner **Kartoffeln**

noch nicht vollständig erhalten haben, können einen kleinen Teil am **14. ds. Mts.**, vormittags 8 Uhr, an **Ehrlich's Keller** in Empfang nehmen. Anweisungen hiezu werden am **Ausgabe-tag** von 8 Uhr vorm. ausgegeben.

Städt. Lebensmittelstelle
J. A.: **Kienzle.**

Dennach
Zwei hornlose

Ziegen

mit Jungen
hat zu verkaufen
A. Häfeler.

Calmbach.

Zwei frischmelkende

Ziegen

hat zu verkaufen
Hermann Senfried
bei der Krone.

Obernieselsbach.

Unterzeichnete feigt

2 Kühe

sowie 2 Paar
Läuferische Schweine
dem Verkauf aus
Karoline Roth.

Zwei frischmelkende

Kühe

zu kaufen gesucht. Höhere Reform Verbrauch Wildbad.

1 Gleichstrom-Motor

440 Volt, 3 PS, 1350 Umdrehungen, mit Anlasser, Mark 1700.— ab Lager.

Uebinger, Stuttgart,
Weimarstr. 48.

Einen gut erhaltenen

Kinderwagen

sowie eine
Kinderbettstelle
hat zu verkaufen
Wer? sagt die Geschäftsstelle ds. Engtäters.

Neuenbürg.

Zuverlässiger

Arbeiter

bei hohem Lohn gesucht von
A. Bozenhardt & Sohn.

Neuenbürg.

Zu verkaufen:

Einige **Hochzeitsanzüge**, darunter einen sehr selten für mittlere Figur, einzelne **Gehröcke**, einige **Krawatte** für 14—16jährige, **Smoking** und **Weste**, sehr fein für schwächere Figur, ein **dunkelblaues Kostüm** für 16 bis 17 jähriges Mädchen, alles sehr gute Friedensstoffe, ein Paar sehr schöne, wenig getragene **Hochstiefel** Nr. 40.

Willy Wackenhut,
Alte Pforzheimerstr. 299.

Neuenbürg.

Wegen Entbehrlichkeit zu verkaufen:

1 gutes Bett, 1 sehr gut erhaltener **Kleiderschrank**, 1 bereits neuere, **kl. Badmühle**, 1 Paar neue **Damenhalbschuhe** Nr. 38 und noch verschiedene. **Hafnersteige** Nr. 342.

Ein möbliertes

Zimmer

mit 1 oder 2 Betten hat zu vermieten.
Zu erfragen in der **Engtäter-Geschäftsstelle.**

Neuenbürg.

Porphyrschotter

für Gartenwege ist eingetroffen
G. Vaher, Baumaterialien.

Einen jüngeren

Hausburschen

sucht
„Sonne“, Calmbach.

Prima Ferkel und Läuferische Schweine

lieferiert zu billigsten Tagespreisen
Gesflügelhof Uim a. D.
Niederlage bei
Ernst Döhner jr., Neuenbürg.

Herde und Wasch-Kessel

selbstgefertigt,
Transmissionen,
wenig gebrauchte
Hausbadöfen
und **Herde**

empfehlen
Conrad Lebzelter,
Schlossermeister,
Bad Liebenzell.

Ein guterhaltener

Clavier

ist preiswert zu verkaufen.
Angebote unter R. 15 an die **Engtäter-Geschäftsstelle** erbeten.